

Blickpunkt

Informationen aus Politik, Stadt und Kreis  Nr. 03 September 2019 Jahrgang 48

V.i.S.d.P.: DKP Heidenheim Wilhelm Benz

Mietendeckel - überall!

Damit der Mietenwahnsinn gestoppt wird

In den vergangenen Jahren konnten Immobilienkonzerne wie Vonovia weitgehend ungestört hohe Gewinne auf dem Rücken der Mieter erwirtschaften.

Am meisten verdient man derzeit mit Sanierungen und Modernisierungen. Dann steigen Mieten immer höher. In Sanierungsgebieten gibt es zusätzlich Gelder von der Stadt.

Nach Aussagen von Vonovia verbuchte sie im Jahr 2018 einen Gewinn von 1,07 Milliarden Euro. Allein die Mieteinnahmen betragen 1,9 Milliarden Euro.

Doch der Wind hat sich gedreht. In vielen Städten gehen betroffene Mieter auf die Strasse um gegen den Mietenwahnsinn zu protestieren.

Mieten nicht missbrauchen

In Berlin hat das gewirkt. Der Senat hat nun den „Mietendeckel“ auf Landesebene ins Spiel gebracht:

Die Mieten sollen für zunächst fünf Jahre eingefroren werden. Möglich wäre, die Kosten aller Wohnungen, die über der ortsüblichen Vergleichsmiete liegen, zu senken oder die Miete für alle Wohnungen einzufrieren. Denn Wohnen ist ein Grundrecht aller Menschen. Es darf nicht zu Gewinnmaximierungen missbraucht werden.

Deshalb: Mietendeckel bundesweit einführen!

Renovieren statt Aktionäre füttern

Die Unternehmer jammern, es bleibt dann kein Geld mehr für Renovierungen und Neubebauung wird verhindert. Aber da sind viele selber schuld, haben sie doch in den letzten Jahren kaum etwas an der Substanz gemacht. Für Neubebauung, vor allem im sozialen Wohnungsbau, wird jetzt schon viel zu wenig getan. Sie haben immer nur den Aktionären das Geld in den Rachen gesteckt.



Enteignung?

In Berlin startete Anfang April eine Unterschriftensammlung für ein Volksbegehren. Es soll Immobilienkonzerne enteignen und deren Wohnungen vergesellschaften.

Betroffen wären die Unternehmen Vonovia und Deutsche Wohnen, mit rund 245 000 Wohnungen.

Dagegen gibt es grosse Widerstände; aber z.B. für Verkehr und Bergbau wird öfter enteignet als Mann/Frau denkt. Es trifft dort aber eher die „Kleinen Leute“. Deshalb wird hier nicht vor „sozialistischen Umtrieben“ gewarnt (M. Söder / CSU).

Damit der Senat gezwungen ist, ein Gesetz zu erarbeiten, muss die Initiative drei Hürden nehmen: Zunächst brauchen die Initiatoren 20 000 Unterschriften. In der zweiten Stufe - dem Volksbegehren- müssen 170 000 gültige Unterschriften gesammelt werden. Zuletzt muss der Wähler / die Wählerin in einem Volksentscheid dafür stimmen.

Die Initiatoren wollen erreichen, dass die Konzerne nicht weiter auf dem Rücken der Mieter Geschäfte machen können. Viele Mieter und Mieterinnen stehen hinter ihnen.

Weitere Infos zum Thema Wohnen Seite 4

Brenzbahn-Ausbau nochmals verschoben.

Auf Zugausfälle und Verspätungen mussten sich die Reisenden schon immer einstellen. Als das Milliardenprojekt Stuttgart 21 propagiert wurde, standen führende Heidenheimer Politiker hinter dem Abriss des Stuttgarter Hauptbahnhofs und Bau des umstrittenen S21 Projekts. Nur wenn S21 umgesetzt werde, hätte der Ausbau der Brenzbahn (Zweigleisigkeit, dichterer Takt und Elektrifizierung) eine echte Chance. Das war vor etwa 8 Jahren. Der Bau des Milliardenprojekt S21 -beganen im Februar 2010- wurde anfangs mit 2,6 Milliarden Euro angegeben. Heute wird mit 8,2 Milliarden Euro gepokert.

Beim Ausbau der Brenzbahn hat sich dagegen kaum was verändert. Sie gehört noch zu den schlechten Bahnen. Zugausfälle und Verspätungen sind immer noch normaler Zustand. Viele Bahnkunden sind genervt. Der Einbau der Aufzüge im Heidenheimer Bahnhof konnte nur gelingen, weil die Stadt finanziell eingesprungen ist.

Die Bahn-Tochter DB-Netz, die Eigentümerin der Strecke, hat ein Veto gegen den bisherigen Plan-ausbau eingelegt und will ein weiteres Gutachten erstellen.

Eine schnelle Lösung muss her!

Schon seit längerer Zeit ist der Fussgängerüberweg beim Schnaitheimer Bahnhof wegen Mängel gesperrt. Für viele Bahnfahrer und Fussgänger ist das ein großes Problem. Fast täglich überqueren Passanten, darunter auch Kinder, die Gleise und begeben sich in große Gefahr, von einem Zug überfahren zu werden. Der Umweg über den beschränkten Bahnübergang ist offensichtlich keine Alternative.



Eine Schnaitheimer Aktionsgemeinschaft verweist auf das Versprechen der Stadtverwaltung, eine schnelle und befriedigende Lösung herbeizuführen. Stadt und Gemeinderat wollen einen neuen Steg. Das liege aber auch in der Verantwortung des Eisenbahnbundesamtes.



Wir trauern um unser langjähriges Mitglied, unseren Altstadtrat Uli Huber. Die DKP Heidenheim nahm mit Freunden und Wegbegleitern Abschied

Preise für Kitas, Bus, Gas und Strom werden teurer.

Das ist für die Bevölkerung in Heidenheim nicht erfreulich. Die Versorgung mit Gas und Strom, Busfahren und Kitas sind Grundbedürfnisse der Menschen und müssen für alle Haushalte finanzierbar sein. Ständige Preiserhöhungen sind unsozial. Vor allem Menschen mit geringerem Einkommen tun sich mit den erhöhten Preisen schwer.



Immer mehr Menschen stehen hinter den Initiativen, die sich für kostenlose Kitas oder Busfahren einsetzen. So hat die SPD-Initiative rund 17 000 Unterschriften für ein Volksbegehren gesammelt, damit in Baden-Württemberg der kostenlose Kindergarten eingeführt wird.

Die Landesregierung aus Grüne/CDU tut sich aber mit der Umsetzung schwer.

Im Hinblick auf den Klimawandel müsste auch der Busverkehr kostenlos angeboten werden. Pkw- und Lkw-Verkehr gehören zu den Hauptverursachern der Luftverschmutzung. Da ist es nicht nur aus Sicht der DKP logisch, dass ein kostenloser Bus- und Bahnverkehr für den Umstieg vom Auto eher genutzt wird.

Um eine gesunde Umwelt zu erreichen brauchen wir eine andere Politik!



Endlich werden die Betrüger zur Verantwortung gezogen

Die Menschen ersticken in der Autoflut. 70 Millionen PKW werden Jahr für Jahr weltweit produziert, von deutschen Herstellern 16 Millionen. Der Autotraum von „Freiheit und Unabhängigkeit“ ist längst ausgeträumt, denn die Menschen vor Ort leiden unter Verkehrsinfarkten, Lärm und Abgasen. Autos verseuchen das Klima.

Es braucht einen Stopp der Autoproduktion und stattdessen massive Investitionen in kostenlosen öffentlichen Bus- und Bahnverkehr und Fahrradwege. Im Kapitalismus gibt es kein Einhalten bei der Produktion von Autos. Die Konzernbosse werden nicht aufhören, Autos und andere Konsumgüter produzieren zu lassen, solange sie Profite bringen.

Wegen Betrugs sind nun der ehemalige Audi-Chef Rupert Stadler und drei weitere Beschuldigte sowie der ehemalige VW-Konzernchef Martin Winterkorn angeklagt. „Betrug, mittelbare Falschbeurkundung sowie strafbare Werbung“ lautet der Vorwurf. Bei einer Verurteilung drohen rein theoretisch bis zu 15 Jahre Gefängnis.

Es geht nicht nur um eine andere Umweltpolitik, sondern um eine andere Gestaltung von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft.

„Vergesellschaftung von Schlüsselindustrien“ forderten Metaller auf der „FairWandel“- Demo in Berlin. Sorgen wir dafür, dass diese Losung Verbreitung findet. Wenn wir überleben wollen, müssen wir den Kapitalismus überwinden.



Spende!

Wir benötigen Deine/Ihre Unterstützung
Unsere Arbeit, vor allem unsere gedruckten
Veröffentlichungen kosten Geld!
Auch kleine Beträge sind herzlich willkommen!

DKP Heidenheim

IBAN: DE03 6325 0030 0000 4139 03

BIC: SOLADES1HDH

Kreissparkasse Heidenheim

Share Deals abschaffen.

Mit „Share Deals“ kann die Zahlung der Grunderwerbssteuer vermieden werden, indem bei einer Transaktion nicht das komplette Grundstück in neue Hände übergeht. So reichte es bisher, nur knapp 95 Prozent an einer Gesellschaft zu erwerben, um die Zahlung von Grunderwerbssteuer zu umgehen. Der Rest kann dann steuerfrei fünf Jahre später erworben werden. Durch diesen Steuertrick nehmen die Städte weniger Gelder ein und der Steuerzahler muss dafür aufkommen.

Auch der Wohnungskonzern Vonovia benützt den Steuertrick für seine Geschäfte. Auf Druck von Kritikern will Bundesfinanzminister Olaf Scholz (SPD) bei Share Deals eine Kleinigkeit ändern.

Er plant die Anteilsgrenze von 95 auf 90 Prozent zu verringern. Gleichzeitig dürfe der Mehrheits-eigner seinen Anteil zehn Jahre lang nicht mehr auf 100 Prozent erhöhen.

Dem Staat entgehen durch Share Deals bis zu einer Milliarde Euro pro Jahr.

Richtig wäre es, die Share Deals ganz abzuschaffen.



Danke!

Die Heidenheimer Kommunisten haben es wieder in den Gemeinderat geschafft. Reinhard Püschel, der seit 2004 Mitglied in dem Gremium ist, bedankt sich bei allen Wählerinnen und Wähler und bei denen, die aktiv geholfen haben, das Mandat zum vierten mal zu erringen. Seit 1975 ist die DKP nun im Heidenheimer Gemeinderat vertreten. Wenn die jetzt beginnende Wahlperiode (5 Jahre) zu Ende ist und die DKP es wieder schaffen sollte gewählt zu werden, kann sie „50 Jahre DKP im Gemeinderat“ feiern.

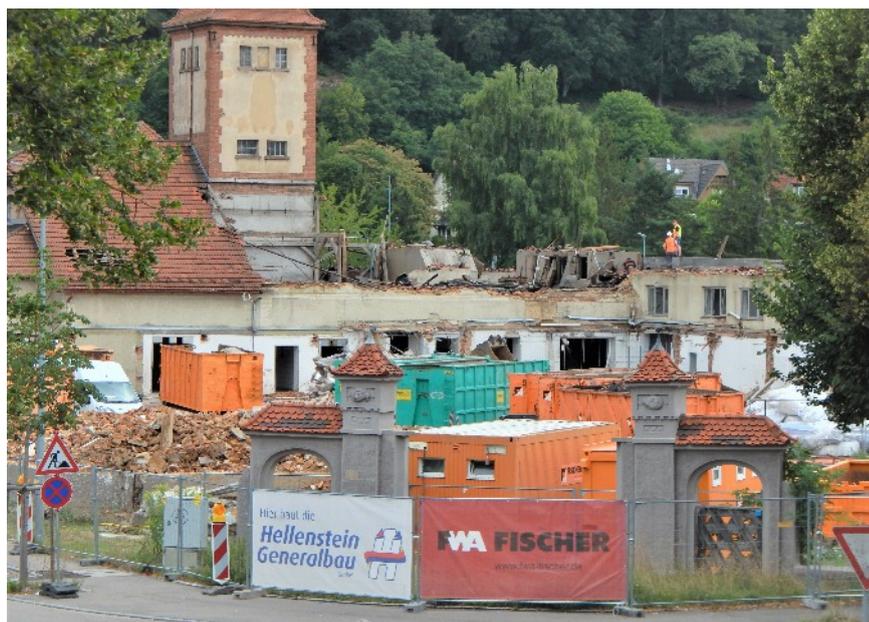
Erfolge für die DKP

Erfolgreich im Kommunalwahlkampf war die DKP auch in den Städten Tübingen und Ludwigsburg. Auch dort wurde jeweils eine DKP-Kandidatin, kandidierend auf einer offenen Liste, in den Gemeinderat gewählt.

Das alte Heidenheim stirbt Haus um Haus

Viele Heidenheimer bedauern, dass das Schlachthof-Areal, das 1909 errichtet wurde, bald Geschichte ist. Eine Bürgerinitiative hat sich für den Erhalt ausgesprochen. Die Stadtwerke Vertreter erklärten bei einem Gespräch: Entweder der Abriss oder wir ziehen uns aus dem Projekt zurück! Der Abriss wurde dann in der Ferienzeit vollzogen.

Selbst aus Sicht des Landes für Denkmalschutz seien das Tor, der Gasthof und das ehemalige Verwaltungsgebäude erhaltenswert gewesen. Aus Sicht der DKP-HDH wäre es Aufgabe der Stadt und der Stadtwerke gewesen, mit den alten Bauten verantwortungsvoll umzugehen und sie in eine Neubebauung zu integrieren.



5 Jahre Mietenstopp in Kommunalwohnungen

Die Stadt München hat beschlossen, dass es für Mieter der kommunalen Wohnungsgesellschaften Gewofag und GWG bis Juli 2024 keine Mieterhöhungen geben soll. Die Entscheidung des Stadtrats gilt für 60 000 Wohnungen. Zusätzlich wird die Modernisierungumlage auf 2 Euro je Quadratmeter begrenzt und darf zudem nur so lange erhoben werden, bis die Investitionen abbezahlt sind.

5.000 Wohnungen zurückgekauft

Das Land Thüringen hat sich am Rückkauf von 5.000 Wohnungen in der 95.000-Einwohner-Stadt Gera beteiligt. Ministerpräsident Bodo Ramelow: „In Gera entziehen wir 5.000 Wohnungen den Spekulanten und holen sie zurück in öffentliches Eigentum.“

Bezahlbarer Wohnraum fehlt

In der Debatte über Wohnungsnot geht es auch darum, wie hoch der Bedarf an Wohnraum tatsächlich ist. Die Studie der Humboldt-Universität Berlin zeigt nun, dass der fehlende Wohnraum noch höher ist als gedacht: In den 77 deutschen Großstädten fehlen demnach fast 2 Millionen günstige Wohnungen.

Mieterverein ruft zur Bürgeraktion „WohnWende“ auf.

In Heidelberg fehlen mindestens 3000 Wohnungen. Eine aktive kommunale Wohnungspolitik ist daher notwendig. Mit der „WohnWende“ will der Mieterverein einen Wechsel von renditeorientierter zur gemeinwohlorientierter Wohnungspolitik herbeiführen. Die Wohnung ist kein beliebiges Handelsgut, sondern Lebensmittelpunkt für jeden Menschen.

Wohnungspolitik in der Kritik

Beim diesjährigen Deutschen Mietertag (DMB) in Köln sprach man sich auch gegen die explosionsartigen Mietpreissteigerungen aus. Der DMB erneuerte deshalb seine Forderung nach einer Ergänzung des Grundgesetzes. Das Grundrecht auf angemessenes und bezahlbares Wohnen müsse

daher festgeschrieben werden.

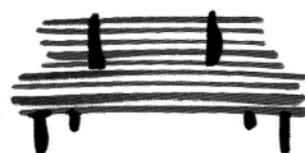
Das wäre ein deutliches Zeichen, dass die Politik den Mieterschutz endlich richtig ernst nehme.

Armut nimmt zu !

Die Kluft zwischen armen und reichen Familien in Deutschland ist tiefer geworden. Leidtragende sind vor allem die Kinder. Preisbereinigt haben die armen Familien noch weniger Geld für ihre Kinder zur Verfügung als noch vor zehn Jahren. Die reichen Familien können sich dagegen immer mehr für ihren Nachwuchs leisten. Dies geht aus einer Studie des Paritätische Gesamtverband hervor .

Jeder Mensch braucht eine Wohnung

Eine Bank ist kein Zuhause



Junge Menschen in HDH ohne Bleibe

Armut zeigt auch in Heidenheim ihr wahres Gesicht: Mehr junge Menschen sind ohne Bleibe. Das hat die Caritas-Beratungsstelle für Wohnungslose festgestellt. Ähnlich wie im Jahr zuvor kamen 165 Menschen in die Beratungsstelle der Caritas. Auffallend war dem Bericht zu Folge der sehr hohe Anteil von jungen Wohnungslosen.

52 von ihnen waren zwischen 18 und 30 Jahre. Wie viele Wohnungslose es tatsächlich gibt, ist nicht festzustellen. Es werden aber deutlich mehr sein. Bezahlbare günstige Wohnungen zu finden ist kaum möglich. Bei den großen etablierten Vermietern mussten sich die Wohnungsbewerber erst einer Bonitätsprüfung unterziehen. Das schloss viele Wohnungssuchende von vornherein vom Wohnungsmarkt aus.

Das Recht auf Wohnen ist ein Grundrecht jedes Menschen. Deshalb müssen mehr und gute Wohnungen auch für Obdachlose bereitgestellt werden.